

Resolutionsantrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger** und **Landbauer**

zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Ausbildung statt Zuwanderung**

Österreichs Sozialstaat befindet sich in einer schweren Krise. Schon jetzt verbirgt sich hinter jeder Pensionsreform eine Kürzung der Pensionen. Alle seriösen Berechnungen belegen, dass sich das Defizit der Pensionskassen in den nächsten Jahren dramatisch vergrößern wird. Die Krankenkassen retten sich nur mehr durch die Streichung von Leistungen und die Ausweitung von Selbstbehalten. Während Einwanderer immer stärker in den Genuss von Sozialleistungen kommen, werden unsere Senioren als Bittsteller behandelt. Die Arbeitslosigkeit hat Rekordwerte erreicht, eine Trendwende ist nach Einschätzung renommierter Wirtschaftsforscher auch in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Für junge Familien wird es immer schwieriger, sich für Kinder zu entscheiden. Mittlerweile haben die viel zu geringen Geburtenzahlen das Verhältnis zwischen Jung und Alt, zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern, drastisch verändert und damit das Fundament des Generationenvertrages ins Wanken gebracht.

Gleichzeitig ist Österreich mit einer unkontrollierten Masseneinwanderung konfrontiert. Hauptverantwortlich für diese Einwanderung sind vor allem Asylwesen, Familiennachzug und die gelebte Einbürgerungspraxis.

Die Arbeitsmarktöffnung für die EU-Oststaaten verursachten einen Zustrom von bis dato rund 30.000 Arbeitskräften. Es ist dadurch zu einem Verdrängungswettbewerb und somit starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen. Die Daten zeigen eindeutig, dass sich die ökonomischen Vorteile der Ostöffnung, wie von ÖVP, SPÖ und Industriellenvereinigung behauptet, für den österreichischen Arbeitnehmer nicht einstellen.

Alle Verantwortungsträger sind aufgefordert, den Fokus endlich auf den heimischen Arbeitsmarkt und auf die heimischen Arbeitnehmer zu legen. Es muss endlich eine

zukunftsorientierte Strategie für den innerösterreichischen Arbeitsmarkt entwickelt werden, damit unsere Jugend eine Zukunft hat.

Auch die mittelständischen Unternehmen werden massiv gefährdet, denn die Mitbewerber aus den Nachbarländern zahlen Steuern und Sozialabgaben an ihrem Heimatstandort. Niedrige Lohnnebenkosten in Osteuropa ermöglichen ausländischen Firmen, die in Österreich tätig sind, niedrige Arbeitskosten. Ein klarer Vorteil gegenüber heimischen Betrieben.

Niederösterreich hat die stolze Anzahl von über 27.000 Betrieben mit weniger als 10 und ca. 5.400 Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Besonders traditionelle Familienbetriebe, die seit Generationen bestehen und in Zeiten der Krise Lehrlinge ausgebildet haben, benötigen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Es ist daher notwendig, endlich in die Ausbildung der zukünftigen Facharbeiter zu investieren und eine entsprechende Sicherheit am heimischen Arbeitsmarkt zu schaffen. Es darf kein amerikanisches System der schleichenden Verarmung der eigenen Bevölkerung eingeführt werden. Ein System, in dem jeder mehrere Jobs benötigt um einmal zu leben. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen, keine Jobs. Hier muss unser Geld für unsere Leute investiert werden. Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst müssen aufgestockt werden, in den überbetrieblichen Ausbildungszentren muss fair entlohnt werden. Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, müssen besonders gefördert werden, und Betriebe, die ausländische Facharbeiter beschäftigen, müssen zur Lehrlingsausbildung verpflichtet werden, ansonsten muss es Strafbzahlungen geben.

Es ist zu erwarten, dass die nächsten Jahre für lehrstellensuchende Jugendliche düster werden. Hier sind der Staat und das Land Niederösterreich gefordert. Es bedarf endlich einer gezielten Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, denn sie sind es, die die Mehrzahl der Jugendlichen ausbilden. Der Staat hat die Pflicht, den jungen Menschen eine Zukunft zu bieten und endlich das Versprechen der Ausbildungsgarantie einzulösen.

Die Ausbildung und Zukunft unserer Jugend muss uns jeden Euro wert sein.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Wirkungsbereich und in Zusammenarbeit mit den Stellen des Bundes und der Wirtschaftskammer folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Aufstockung der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst.
2. Ausbau der Förderung von Betrieben, die Lehrlinge ausbilden.
3. Maßnahmen für ein besseres Image der Lehre.
4. Eine Verpflichtung zur Lehrlingsausbildung bei Beschäftigung ausländischer Fachkräfte.“